

Der BUND



J A H R E S B E R I C H T 2 0 0 4



Vorwort ■

Umwelt schützen. Natur bewahren ■

Vor Ort und weltweit ■

Unabhängig. Politisch und finanziell ■



Liebe LeserInnen,

2004 wird mit einem bis dahin ziemlich unbekanntem Wort in Erinnerung bleiben – Tsunami. Die Flutwelle brachte Hunderttausenden den Tod. Die große Hilfs- und Spendenbereitschaft in der deutschen Bevölkerung war ein ermutigendes Zeichen der Solidarität mit Menschen, die von einer unfassbaren Katastrophe getroffen waren.

Unter den Opfern war auch der Leiter unserer indonesischen Gruppe von Friends of the Earth auf Banda Aceh mit seiner Familie. Wir haben versucht, wenigstens mit finanzieller Unterstützung ein wenig zu helfen.

Es war eine Naturkatastrophe – verstärkt durch menschliches Handeln: durch die Abholzung der Mangrovenwälder und die Zerstörung der Korallenriffe, durch eine Bebauung direkt am Strand und unzureichend koordinierte Warnsysteme. Vorsorge war nicht vorgesehen.

Es war eine Naturkatastrophe, nicht die Auswirkung der Klimakatastrophe. Die würde langsamer kommen mit dem Anstieg des Meeresspiegels, der Zunahme von Stürmen und Sturmfluten, mit der Ausbreitung der Wüsten und der Zunahme von Krankheiten. Wenn die Klimakatastrophe aufgehalten werden soll, muss dringend gehandelt werden. Darüber sind die Regierungen international einig – bis auf die Regierungschefs der USA, Australiens und der Opec-Staaten. Deshalb ist es gut, dass endlich das Kyoto-Abkommen zur Begrenzung des CO₂-Ausstoßes in den Industrieländern in Kraft getreten ist. Allerdings ist das Kyoto-Abkommen nur ein Anfang. Jetzt gilt es, ambitioniertere Ziele für die Zeit nach 2012 zu vereinbaren.

In der EU wurde mit dem Emissionshandelssystem ein neues klimapolitisches Instrument eingeführt. CO₂-Einsparungen sollen dort umgesetzt werden, wo es am kostengünstigsten ist. Ein solches marktwirtschaftliches Instrument müsste dem Wirtschaftsminister gefallen. Sollte man meinen. Aber der Druck der Industrie – allen voran der Kohleindustrie – hat die Wirkung dieses Instruments stark eingeschränkt. Deshalb müssen jetzt die klimapolitischen Anstrengungen in den Bereichen Haushalte und Verkehr erfolgen. Sollte man meinen. Doch der Verkehrsminister verkündet stattdessen ein Super-Straßenbauprogramm, genannt Bundesverkehrswegeplan. Wir haben uns – dank unserer Gruppen vor Ort – alle Maßnahmen vorgenommen und sie im Schwarzbuch Verkehr analysiert und bewertet. Die Schwärzesten haben wir als „Dusseliges Dutzend“ medienwirksam vorgestellt.

Ein Pluspunkt der klimapolitischen Bilanz 2004 ist das Erneuerbare Energiengesetz (EEG), das der Umweltminister gegen den heftigen Widerstand des Wirtschaftsministers durchgesetzte. Endlich erkannte die Politik: Der ökologische Strukturwandel schafft Arbeitsplätze (allein 130.000 bei den erneuerbaren Energien) und Vorreiterrollen lohnen politisch und ökonomisch: Bei der großen Bonner Konferenz zu erneuerbaren Energien im Mai 2004 gab es international viel Zustimmung zu den erneuerbaren Energien und den Anstrengungen zu ihrem Ausbau in der BRD. Bei der Weltwind-Konferenz in Peking wurden die Exportchancen deutlich – von Windkraftanlagen, aber auch von Gesetzeswerken. China und andere Staaten nehmen das deutsche EEG als Vorbild für ihre nationale Gesetzgebung.

In der deutschen Klimapolitik gibt es – wie beim EEG – Wind, der vorantreibt. Und es gibt Windstille. Zum Beispiel bei der ökologischen Steuerreform, die die Regierung partout nicht fortsetzen will. Und es gibt immer wieder Turbulenzen. Wir haben uns kräftig in die Auseinandersetzungen eingemischt – von der Weltklimakonferenz in Buenos Aires über die Konferenz zu erneuerbaren Energien in Bonn, mit minutiöser Begleitung von



Gesetzeswerken wie dem EEG und dem Emissionshandelsgesetz, in Stellungnahmen und Anhörungen, durch Gespräche mit der Regierung, mit Pressearbeit, Aktionen und Projekten vor Ort.

Das ist nur ein Beispiel für unsere Arbeit, von der internationalen Ebene bis zu den Stadtwerken oder der Solaranlage auf dem eigenen Dach, von der fachmännischen und fachfraulichen Stellungnahme bis zum kreativen Protest. Ob in der Agrar-, der Chemikalien- oder Naturschutzpolitik: Der BUND, Ehrenamtliche und Hauptamtliche, mischt sich ein. Unterstützt von vielen Mitgliedern, Förderinnen und Förderern. Ihnen allen gilt mein Dank und die Bitte, uns auch 2005 zu unterstützen – in dem Jahr, in dem der BUND seinen 30sten Geburtstag feiert.

Ihre

Angelika Zabond



Umwelt schützen.

„Was der Schaffung und Sicherung von wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen dient, muss getan werden. Was dem entgegensteht, muss unterlassen werden. Was anderen Zielen dient, und seien sie noch so wünschenswert, ist nachrangig.“ Meinte Bundespräsident Horst Köhler im März dieses Jahres. Keine Worte im Namen aller Deutschen. Und eine schlechte Empfehlung an die Politik.

Müssen alle die, die sich für den Schutz der Gesundheit und der Umwelt einsetzen, nachweisen, dass sie Arbeitsplätze schaffen? Ist der Schutz der Menschenrechte nachrangig, wenn er keine Arbeitsplätze schafft? Oder widerspricht diese Wertehierarchie unserem Grundgesetz?





Dr. Gerhard Timm

| Bundesgeschäftsführer

Natur bewahren

Der Bundespräsident bedient das Klischee vom Gegensatz zwischen dem Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen und dem Schutz von Natur und Umwelt. Die neoliberale praktische Konsequenz lautet: Regelungen zurücknehmen, die Umwelt und Natur schützen, und Verwaltungen reduzieren oder abbauen, die diese Gemeinwohl sichernden Regelungen bisher durchgesetzt und ihre Einhaltung überwacht haben. Die Arbeit übernehmen – wie in verschiedenen Bundesländer zu beobachten – „Anti-Umweltminister“, die sich energisch um die Abwicklung von Umwelt- und Naturschutz bemühen.

Der BUND hat in einer Studie gezeigt, dass konsequenter Umweltschutz Arbeitsplätze schafft, dass konsequenter Umweltschutz nicht Ursache des Problems ist, sondern Teil der Lösung. In dem Ziel einer „ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft“ – angeblich der rote Faden des Regierungshandelns – ist dieser Gedanke eigentlich angelegt. Leider ist die Bundesregierung auf diesem Ohr inzwischen ziemlich taub.

Nach innen und außen ist es für einen Verband wie den BUND wichtig, regelmäßig seinen Standort zu bestimmen und seine Ziele zu definieren. Dazu haben wir einen Leitbildprozess begonnen, der uns in einer Perspektive von zehn Jahren gemeinsame Ziele anstreben lässt. Die Bundesdelegiertenversammlung hat diesem Leitbild im letzten November zugestimmt. Jetzt kommt es darauf an, die Leitbilder mit Leben zu erfüllen und mit konkreten Maßnahmen umzusetzen. Diese Aufgabe betrifft den gesamten Verband. Der Prozess wird dann erfolgreich sein, wenn alle sich aktiv an seiner Umsetzung beteiligen.

Faire Nachbarschaft

Was tun, wenn die Gentechnik kommt? Wenn mit dem Gentechnikgesetz der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen hierzulande ermöglicht wird? Die BUND-Antwort: Faire Nachbarschaft. So heißt das Projekt, das Landwirte bei der Gründung gentechnikfreier Regionen unterstützt. Die Grundidee: Landwirte entscheiden, ob Gensaatgut auf den Acker kommt oder nicht. Keine Landesregierung, keine Kommune kann Landwirten den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen pauschal untersagen. In einer EU, die sich dem „freien Warenverkehr“ verschrieben hat, können nur Landwirte die Agro-Gentechnik aus bestimmten Gebieten heraushalten. Allen Landwirtinnen und Landwirten steht es frei, sich mit ihren Nachbarn auf die Ein-

Zu dieser größten landwirtschaftlichen Basisbewegung der letzten Jahre hat der BUND viel beigetragen: Die „Informationen für Landwirtinnen und Landwirte zum Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft“ sind ein deutlicher Kontrapunkt zu den Industrie-Werbebotschaften. Im Internet dokumentiert www.faire-nachbarschaft.de alle gentechnikfreien Regionen und Initiativen, der BUND stellt Landwirten Musterverträge und Argumentationsleitfäden zur Verfügung.

Bestens bewährt hat sich die lokale und regionale Verankerung des BUND: In jedem Bundesland sind Ehren- und Hauptamtliche federführend in den Aktionsbündnissen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft aktiv, überall bietet der BUND den Gentechnik-



richtung gentechnikfreier Regionen zu verpflichten. Sie können sich verpflichten, auf ihren Flächen kein gentechnisch verändertes Saatgut auszubringen. Die stolze Bilanz im April 2005: 16.500 Betriebe in 67 Regionen mit 1,2 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche haben entschieden, keine gentechnisch veränderten Pflanzen anzubauen.

firmen und ihren Fürsprechern in Politik und Wissenschaft Paroli.

Und der Blick über unsere Grenzen zeigt: Gentechnikfreie Regionen sind auch in Österreich, Italien oder Polen die Antwort auf eine Politik, die keinen Schutz vor gentechnischer Verunreinigung bietet. Überall vorneweg: Unsere Partner von Friends of the Earth.



Grüner Wall im Westen

Der BUND Nordrhein-Westfalen startet Ende 2004 ein Großprojekt: Entlang der Bunkerlinie des 630 Kilometer langen Westwalls an der deutschen Grenze zwischen Kleve und Basel soll ein Biotopverbund entstehen. Natur- und Denkmalschützer wollen gemeinsam die vom Abriss bedrohten Bunkerruinen retten. In ihnen haben bedrohte Tier- und Pflanzenarten einen geschützten Lebensraum gefunden und das ehemals zu militärischen Zwecken errichtete Bollwerk in ein schützenswertes Naturparadies verwandelt.

Landwirtschaft umweltfreundlich entwickeln

Viele BUND-Gruppen schützen Hecken und pflegen Streuobstwiesen, wehren sich gegen industrielle Massentieranlagen und Überdüngung. Sie helfen, die Artenvielfalt in unserer Landschaft zu erhalten. Der Bundesverband unterstützte sie 2004 mit einem Agrarwende-Marktstand, an dem sich in 30 Städten und Dörfern große und kleine Standgäste über die Agrarwende informieren konnten. An dem BUND-Stand kann man sinnlich erfahren: Schöne, vielfältige Landschaften, artgerechte Tierhaltung und gesunde Ernährung sind nur mit einer verantwortungsvollen Landwirtschaftspolitik zu erhalten bzw. zu erreichen. Mit Erfolg setzte sich der BUND dafür ein, dass auch Ökobauern und Landwirte, die nicht das Maximum aus Feld und Tier holen, sondern extensiv wirtschaften, Flächenprämien bekommen: Hecken, Einzelbäume und andere für die Landschaftsvielfalt wichtige größere Pflanzengruppen genießen Bestandsschutz, während sie früher gewaltsam abgeholzt wurden, weil Bauern sonst für die Fläche keine Prämie bekamen.

Mehr und mehr übernehmen internationale Großinvestoren die Tierhaltung in Deutschland. Darauf hat der BUND schon früh hingewiesen und einen Leitfaden zur Verhinderung riesiger Anlagen zur Massentierhaltung herausgegeben. Viele BUND-Gruppen setzen sich gegen den Bau solcher Ställe ein, die ihre Dörfer durch massiven LKW-Verkehr zerstören, Gülleprobleme mit sich bringen und dem Tourismus massiv schaden.

Obwohl die Lobby der Massentierhalter sehr einflussreich ist, gelang es dem BUND gemeinsam mit anderen Verbänden, das Käfigverbot in der Legehennenhaltung aufrechtzuerhalten: Bis 2007 müssen alle Hühnerhalter in Deutschland ihre Tiere nun in Boden- oder Freilandhaltung bringen, oder sie können auf Ökolandbau umstellen.

Ein Renner war die Publikation „Kein Ei mit der 3“, in der die seit 2004 gültige Eierkennzeichnung erklärt wird. Der BUND bleibt – mit Information und Aktion, mit politischer und Öffentlichkeitsarbeit – dran an dem Ziel einer umwelt- und tiergerechten Landwirtschaft und Agrarpolitik, die auch die Anliegen der Entwicklungsländer berücksichtigt.

Geld sparen, Lärm und Schadstoffe vermeiden



Es gibt sie: die Alternativen zum ungehemmten Straßenbau. Das zeigte der BUND 2004 mit seinem „Schwarzbuch“ zum Fernstraßenbau. Der BUND analysierte rund 1.800 geplante Bundesfernstraßenprojekte und rechnete vor, dass der Verzicht auf verkehrspolitisch unsinnige Straßen und die Realisierung umweltgerechter Alternativen es ermöglichen, mittelfristig mindestens die Hälfte der jährlich für den Neu- und Ausbau vorgesehenen Steuergelder einzusparen – kein Pappenspiel, sondern bis zu 1,5 Milliarden Euro. Dieses Geld wird dringend gebraucht für Maßnahmen zum Schutz vor Lärm, für die Sanierung des Straßennetzes, für die Entwicklung und den Bau innovativer umweltverträglicher Verkehrsmittel. Verkehrs- und Umweltprobleme könnten entschieden besser und schneller gelöst werden, wenn die politisch Verantwortlichen und die Planungsbürokratie nicht mauern, sondern die Bürgerinnen und Bürger sowie die Umweltverbände früh-

zeitig einbinden würden und offen für alternative Vorschläge wären. Zwei Beispiele: Für die umstrittenen Autobahnen A 14 zwischen Magdeburg und Schwerin und die A 39 zwischen Wolfsburg und Lüneburg könnte ein langwieriges Verfahren vermieden werden, wenn statt überdimensionierter Autobahntrassen die vorhandenen Bundesstraßen ausgebaut würden. Diese reichen auch nach den staatlichen Verkehrsgutachten vollkommen aus. Doch moderne und bürgernahe Planungsverfahren werden von Verkehrsminister Stolpe im Verein mit den Landesverkehrsministern verhindert, die – entgegen den Richtlinien der Europäischen Kommission – stur auf eine obrigkeitstaatliche Planung setzen.

Wenn es nicht um Infrastrukturprojekte, sondern den Schutz von Mensch und Umwelt geht, erlahmt das Engagement der Verkehrspolitiker. Obwohl der Partikelfilter für Dieselrußfahrzeuge seit Jahren Stand der Technik ist, war einigen Politikern der



Dialog im Boot

Auf große Resonanz stieß die BUND-Schlauchboot-Tour „Dialog im Boot“ vom 8. bis 11. Juli 2004 auf der ehemaligen Grenz-Elbe zwischen Wittenberge und Dömitz. Fast 100 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft diskutierten über die Zukunft der Elbe. Der drastische Rückgang des Güterverkehrs war für alle Dialog-Teilnehmer erlebbar: An manchen Tagen ließ sich nicht ein Frachtschiff blicken. Fazit des BUND: Die Elbe ist eine unbedeutende Wasserstraße – aber ein bedeutender Fluss, den es auch weiterhin zu schützen gilt.

Regierung und Opposition der Schutz vermeintlicher Interessen der deutschen Automobilindustrie wichtiger als die Gesundheit von Bürgerinnen und Bürgern. In einem zweijährigen Kampf konnte der BUND gemeinsam mit anderen Verbänden in der Allianz „Kein Diesel ohne Filter“ die steuerliche Förderung des Filtereinbaus durchsetzen. Doch dieser alleine reicht nicht aus, um in den Städten die Feinstaubbelastung unter die EU-Grenzwerte zu senken. Notwendig ist eine konsequente ökologische Verkehrspolitik auch in den Kommunen, die der BUND auf allen Ebenen vorantreibt.

Neben der Belastung der Luft spielt dabei besonders die zunehmende Belastung durch Lärm eine zentrale Rolle. Mit dem Projekt „Kommunale Handlungsstrategien

gegen Lärm“ unterstützt der BUND Gruppen und Bürgerinitiativen in ihrem Einsatz für eine nachhaltige Verkehrs- und Städtebaupolitik.

Zusammen mit dem ADFC führte der BUND den Fahrradklima-Test für Städte durch. Dabei konnten Bürgerinnen und Bürger die Qualität des Radverkehrs in ihrer Gemeinde bewerten und ihre Kommune dazu ermuntern, Münster – der Fahrradhauptstadt des Jahres 2004 – nachzueifern.



Hartnäckig für den Schutz des Klimas



Im Oktober 2004 atmeten Klimaschützer weltweit auf: Russland hatte das Kyoto-Protokoll für den Klimaschutz nach langem Tauziehen endlich ratifiziert, so dass es im Februar 2005 in Kraft treten konnte. Während Skeptiker das Kyoto-Protokoll schon totgesagt hatten, bewiesen die Umweltverbände den längeren Atem. Der BUND hatte mit spektakulären Aktionen bei den Klimakonferenzen jahrelang für einprägsame Bilder in den Medien gesorgt und die Politiker zum Handeln gedrängt. Die Freude darüber, dass die Industriestaaten den Ausstoß der schädlichen Klimagase verringern müssen, ist gleichzeitig ein Ansporn: Den schwachen Zielen des Kyoto-Protokolls müssen schnell ehrgeizige Ziele bis 2020 und 2050 folgen. Nach der Jahrhundertflut 2002 und dem Hitzesommer 2003 war 2004 in Deutschland kein Jahr der Wetterextreme. Vielleicht auch deshalb meinte Wirtschaftsminister Clement, Fortschritte im Klimaschutz ausbremsen zu können. Im Konzert mit der In-

dustrie machte er Stimmung gegen den Emissionshandel. Der BUND hielt dagegen. Unsere Widerlegung der „sieben dreistesten Falschaussagen über den Emissionshandel“ wurde stark beachtet. Am Ende der Auseinandersetzung bekam die Industrie trotzdem einen großzügigen Rabatt: Anstatt – wie ursprünglich zugesagt – 45 Millionen Tonnen muss sie bis 2012 nur 10 Millionen Tonnen Kohlendioxid vermeiden. Unerwartete Konjunktur bekam das Thema Kerosinsteuer, als Finanzminister Eichel im Sommer 2004 öffentlich andeutete, er wolle die Steuervergünstigungen für den Flugverkehr notfalls im Alleingang abschaffen. Bis zur Umsetzung dieser Forderung ist es noch ein weiter Weg. Der BUND nutzte die Debatte, um die steuerliche Bevorzugung der Fluggesellschaften gegenüber der Bahn ins Bild zu setzen. Von Freiburg bis Kiel mobilisierten zahlreiche BUND-Gruppen Bahnreisende als Unterstützer für die Einführung einer Kerosinsteuer.



90 Jahre BUND Bremen

Der BUND Bremen, zweitältester Landesverband des BUND, feierte am 16. Juni 2004 seinen 90. Geburtstag. Mit der Universität Bremen veranstaltete er das Symposium „Klimawandel in der Unterweserregion – Geht unsere Zukunft baden?“ Dann wurde gefeiert. Angelika Zährnt dankte dem Ehrenvorsitzenden Walter Schröder und dem gesamten Landesverband für den unermüdlichen Einsatz für ein grünes, lebenswertes Bremen.

Wenn die Chemie nicht stimmt

Im September 2004 schrieb der Präsident des Verbands der Chemischen Industrie (VCI) einen wütenden Brief an Umweltminister Trittin und, per Kopie, an Bundeskanzler Schröder. Der Anlass: eine Anzeige des BUND zur europäischen Chemikalienpolitik, die kurz zuvor in einer Sondernummer des „Stern“ erschienen war. Sie zeigte eine junge Frau mit dem Schriftzug „Sondermüll“ auf der Stirn. Der VCI-Chef war empört: Der BUND betreibe eine Diffamierungskampagne.

Tatsächlich landen viele Chemikalien, die uns täglich umgeben, dort, wo sie nicht hingehören: im menschlichen Körper. Einige von ihnen sind gesundheitsschädlich. Die meisten wurden nie ausreichend auf Umwelt- und Gesundheitsfolgen getestet. Deshalb plant die EU ein neues Chemikaliengesetz, kurz REACH (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien). 30.000 Substanzen, die bereits seit Jahrzehnten auf dem Markt sind, sollen endlich auf den Prüfstand. Wenn sie sich als gefährlich erweisen, müssen sie durch sichere Alternativen ersetzt werden. So die ursprüngliche Idee.

Die EU-Kommission legte Ende 2003 einen Gesetzentwurf vor, der den Schutz von Mensch und Umwelt kaum noch gewährleistet. Die chemische Industrie ließ nicht locker und drängte darauf, die Testanforderungen, Bewertungskriterien und Zulassungsbestimmungen von REACH noch weiter abzuschwächen. Mit Schreckensmeldungen über angeblich untragbare Kosten und Arbeitsplatzverluste dominierte sie die Schlagzeilen. Der BUND hielt dagegen – mit Informationen über Schadstoffe im Alltag und über die Vorteile von REACH, mit Protestmails an die „Giftzwerge“ im Europäischen Parlament, mit Expertisen, Kommentaren, Internetseiten, Unterschriftensammlungen und Anzeigen. Das Gesetz bietet die einmalige Chance, Kurs auf eine Zukunft ohne Gift zu nehmen. Auch die Wirtschaft wird davon profitieren, wenn sie sicherere Produkte anbieten kann. Der BUND wird sich weiter dafür einsetzen, dass diese Chance genutzt wird.



Vor Ort und weltweit

Er hat es weit gebracht: der Feldhamster. Jedenfalls in der Politik und in den Medien. Auf den Feldern ist er stark gefährdet – bundesweit. In Wahlkämpfen dient er Politikern als Symbol, um den Artenschutz zu verspotten, den Schutz von Tieren als Blockade des viel beschworenen wirtschaftlichen Aufschwungs zu diskreditieren.

Selbstverständlich: Jeder Politiker liebt Tiere. Aber nur solange sie nicht stören, wenn es darum geht, die Natur mit Beton zu überziehen, Flächen zu versiegeln. Dabei spielt es keine Rolle, ob – zum Beispiel – ein Straßenbau sinnvoll ist, ob diese Bundesstraße oder jene Brücke wirklich gebraucht wird, ob es Alternativen gibt, die weniger kosten. Der BUND hat vorgerechnet, dass 1,5 Milliarden Euro gespart werden können, wenn auf unsinnige Projekte im Fernstraßenbau zugunsten umweltgerechter Alternativen verzichtet wird (vgl. S. 10) – Geld, das gebraucht wird, um den Bundeshaushalt zu entlasten, um künftige Generationen nicht mit Schulden zu belasten. Geld, das eingesetzt werden könnte für nachhaltige Investitionen, die zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen.

Der Feldhamster teilt das Schicksal vieler Tiere: Ein Fünftel aller Säugetiere ist vom Aussterben bedroht; die Artenvielfalt auf der Erde schwindet so schnell wie nie zuvor. Eine heimische Art steht für ein globales Problem: steigender Ressourcenverbrauch, Land-





Dr. Norbert Franck

| Leiter Presse und Öffentlichkeitsarbeit

schaftsversiegung, Gewinnmaximierung statt Gemeinwohlorientierung bedrohen überall die Vielfalt der Arten.

Die Tatsache, dass ein neuer Supermarkt auf der grünen Wiese viele kleine Geschäfte in den Ruin treibt und viele Arbeitsplätze kostet, macht kaum Schlagzeilen. Wenn aber – unter anderem – der Artenschutz gegen ein Bauvorhaben ins Feld geführt wird, ist die Aufregung groß. Populistische Kurzsichtigkeit findet leichter Gehör als nachhaltige Umsicht. Dem können wir nur in der Verzahnung von lokaler und internationaler Arbeit erfolgreich entgegenreten.

Das Projekt „Faire Nachbarschaft“ (vgl. S. 8) für eine gentechnikfreie Landwirtschaft zeigt beispielhaft, wie Versuche global agierender Konzerne und ihrer politischen Fürsprecher abgewehrt werden können, die uns vorschreiben wollen, was national und regional angebaut und auf den Tisch kommen soll. Durch Überzeugungsarbeit vor Ort, in Berlin, Brüssel und zusammen mit unseren Partnern von Friends of the Earth europaweit. Unser Einsatz für eine Zukunft ohne Gift ist ein Beitrag zum Schutz des Wanderfalken in Deutschland und der arktischen Eisbären. Dass der Schutz dieser und vieler anderer Tiere vor der Belastung durch chemische Stoffe keine Arbeitsplätze kosten muss, dass vielmehr auch die Wirtschaft davon profitiert, wenn sie sichere Produkte anbieten kann, haben wir in Zusammenarbeit mit Umweltinitiativen aus anderen europäischen Ländern deutlich gemacht und gezeigt: Die Bedrohung von Arten kommt selten allein. Sie ist häufig auch eine Blockade der Suche nach zukunftsfähigen Innovationen.



Klimaschutz: Kein Geld für fossile Energien



Geld regiert die Welt. Aber wie? Was machen die, die über viel Geld verfügen, mit diesem Geld? Setzen sie es nachhaltig ein – zum Beispiel für den Schutz des Klimas? In Deutschland müssen wir uns diese Fragen besonders stellen. Denn auf den internationalen Finanzmärkten ist Deutschland

ganz vorne mit dabei – bei privaten Investitionen, Exportbürgschaften und als einer der größten Anteilseigner von Weltbank, Internationalem Währungsfonds & Co. Der BUND meint: Es darf nicht sein, dass noch immer Millionen Euro in klimaschädliche Projekte investiert werden.



Europa wächst zusammen

Am 1. Mai traten der EU zehn neue Länder aus Ost- und Südeuropa bei. In neun dieser Länder sind Verbündete des BUND innerhalb des Netzwerkes „Friends of the Earth“ aktiv. Das BUND-magazin 2/04 stellte alle Beitrittsländer vor, ihre Naturschätze wie ihre Umweltprobleme. Und es präsentierte die Menschen, die gemeinsam mit dem BUND für ein nachhaltiges Europa kämpfen: vor Ort, von Estland bis Zypern – und in der Brüsseler Zentrale von „Friends of the Earth Europe“, die der BUND wesentlich unterstützt. Mehr dazu unter „www.foeeurope.org“.

Es kann nicht sein, dass Regierungen ein Geheimnis daraus machen, was mit den Steuergeldern eigentlich genau passiert. Und es muss nicht sein, dass die Bundesregierung ihre politische Macht in der Weltbank nicht für klimafreundliche Investitionen in die Waagschale wirft.

Geld, das für klimaschädliche Zwecke ausgegeben wird, stinkt. Das haben wir 2004 mit vielen Aktionen unterstrichen. Zum Beispiel bei der internationalen Konferenz für erneuerbare Energien in Bonn (Renewables 04). Der BUND forderte, unterstützt von einem zehn Meter hohen Dinosaurier: „Fossile ins Museum!“ – eine Botschaft, die die Delegierten aus aller Welt verstanden haben.

Auch wenn viele politische Versprechungen sich später als Lippenbekenntnisse herausstellten, so war die Botschaft der Konferenz doch wichtig: Die Zukunft gehört den Erneuerbaren. Und wir ergänzen: „Kein Geld für fossile Energien!“

Beim Thema Exportbürgschaften („Hermes“) mussten wir härtere Mittel anwenden: Da die Bundesregierung sich weigert, Auskunft zu geben, wie viel Hermes-Geld in klima-

schädliche und in klimafreundliche Projekte fließt, mussten wir vor den Kadi ziehen.

Gemeinsam mit Germanwatch haben wir im Juni 2004 das zuständige Wirtschaftsministerium (BMWA) verklagt. Wir fordern Transparenz bei der Vergabe von Hermesbürgschaften, denn hier entscheiden deutsche Steuergelder mit darüber, wie z.B. die Energieversorgung in anderen Ländern aufgebaut wird. Das BMWA sagt nichts und beruft sich auf ein angebliches Betriebsgeheimnis, wir pochen auf EU-Recht. Eine Entscheidung wird noch im Jahr 2005 fallen.

Die Internationale Energieagentur schätzt, dass in den nächsten 30 Jahren mehr als 16 Billionen US-Dollar weltweit in die Energieversorgung investiert werden. Allein diese Zahl zeigt: Die Rolle des Geldes für eine global nachhaltige Entwicklung ist enorm. Und so lange eine nachhaltige Entwicklung in der Politik und Wirtschaft keine Priorität hat, so lange gibt es für uns noch viel zu tun.

Wenn wir das Klima retten wollen, müssen wir auch die Geldströme umlenken – national und international.

Artenvielfalt erhalten. Flächen schützen. Flüsse bewahren



In den 16 BUND-Landesverbänden gibt es viele Naturschutzprojekte. Darunter sind Projekte, die aufgrund ihrer Größe oder der Besonderheiten der geschützten Gebiete, Tiere oder Pflanzen von überregionaler Bedeutung sind. Um diese Projekte besser zu vernetzen und bundesweit bekannt zu machen, wurde im September 2003 in der Bundesgeschäftsstelle das „Netzwerk Naturschutz“ eingerichtet. Landesverbände und das Netzwerk können sich gemeinsam über wichtige Erfolge im Jahr 2004 freuen.

Rettnetz für die Wildkatze

In Deutschland gibt es vermutlich nur noch weniger als dreitausend Wildkatzen. Diese scheuen Waldbewohner meiden freie Flächen, wie sie durch intensive Landwirtschaft entstanden sind. Auch Siedlungen, Straßen und Bahntrassen stellen unüberwindbare Hindernisse für sie dar. So sind

mit den zunehmend vereinzelt Waldgebieten voneinander getrennte Lebensräume entstanden. Die isolierten Populationen sind mittelfristig nicht lebensfähig. Mit dem „Rettnetz für die Wildkatze“ hat der BUND eine deutschlandweit bisher einmalige Rettungsaktion gestartet: Korridore aus Sträuchern und Bäumen sollen einzelne Waldgebiete zu einem zusammenhängenden Rettnetz verbinden. In der ersten Projekt-Phase wird in Thüringen ein Korridor zwischen dem Nationalpark Hainich und dem (noch „wildkatzenfreien“) Thüringer Wald geschaffen. Dafür wird ein rund 20 Kilometer langer Grünstreifen von 50 Meter Breite mit Unterstützung zahlreicher Freiwilliger angepflanzt. 2004 wurden viele Unterstützer in Ministerien, Institutionen und der Bevölkerung gefunden – Rettnetz heißt auch: Kommunikation sorgt für ein

Netzwerk von Rettern. In weiteren Schritten will der BUND Verbindungen u.a. über Harz und Spessart, Nationalpark Kellerwald-Edersee, Rhön bis hin zum Bayerischen Wald schaffen.



BUND verhindert Raubbau

Nach 15 Jahren Widerstand hat der BUND einen sensationellen Durchbruch erzielt. Auf eine Protestaktion des BUND am 26.02.04 in Nordhausen reagierte der thüringische Ministerpräsident Althaus noch am selben Tag mit der Aussage, es werde keinen weiteren Abbau von Gips im Südharz geben. Nach weiteren BUND Aktionen zog auch der Umweltminister Thüringens nach und setzte ein wichtiges Zeichen: das Gebiet „Winkelberg“ in der Rüdigsdorfer Schweiz erhielt den Schutzstatus eines FFH-Gebiets. Damit hat der Naturschutz einen entscheidenden Sieg errungen.

Störche zurückgekehrt

In Wilhelmsburg, nur fünf Kilometer vom Hamburger Stadtzentrum entfernt, hat 2004 das erste Storchenpaar seit 25 Jahren gebrütet. Mit Hilfe eines Windrades haben die Aktiven des BUND Hamburg einen Teil der Marschwiesen überstaut, zusätzlich wurden alte Gräben ausgebaggert und neue Feuchtgebiete geschaffen. Mit Erfolg: Bei jedem Schritt in den Wiesen springen heute die sonst seltenen Moorfrösche beiseite. Da fühlen sich natürlich auch die Störche wohl.



Diese drei Beispiele sind nur ein kleiner Ausschnitt aus der Vielzahl der BUND-Naturschutzprojekte. Flächenschutz auf Rügen, Artenschutz am Mindelsee, das Grüne Band (vgl. Seite 20), der Alleenschutz in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, der Westwall (vgl. Seite 9) oder die Goitzsche bei Bitterfeld – die Naturschutzschutzarbeit des BUND hat viele Facetten und – dank vieler Menschen, die diese Arbeit auf vielfältige Weise unterstützen – Erfolg.

Grünes Band wird europäisch

Die große Bedeutung des Grünen Bandes für den nationalen und internationalen Naturschutz belegt ein Bundestagsbeschluss vom Dezember letzten Jahres: Alle Parteien (bis auf FDP) forderten die Bundesregierung auf, das Grüne Band als Biotopverbund und Erinnerungstätte der deutschen Teilung nachhaltig zu sichern. Dieser Beschluss ist ein Ergebnis der 16-jährigen intensiven Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit des BUND mit seinem Projektbüro Grünes Band. Er sollte für den „letzten Ruck“ sorgen, der notwendig ist, damit die vielen bundeseigenen Flächen im Grünen Band (65%!) endlich zum dauerhaften Schutz unentgeltlich an die Länder übertragen werden. Bisher verzögert noch

Sachsen mit seinem knapp 3%-Anteil am 1393 Kilometer langen Grünen Band die Übergabe.

Langfristig geschützt sind die Flächen in den mittlerweile fünf Pilotregionen des BUND, in denen rund 250 Hektar erworben wurden. Die Käufe werden aus Spenden finanziert. Ab 65 Euro kann man symbolisch „AnteilseignerIn“ am Grünen Band werden. Inzwischen haben sich mehr als siebentausend Menschen für diese sichere Anlage entschieden.

Das innerdeutsche Grüne Band ist Vorbild für das vom BUND mit initiierte Vorhaben eines Grünen Bandes entlang des ehemaligen „Eisernen Vorhangs“ vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer. Ein entscheidender Impuls für diesen einzigartigen Biotopverbund über 8500 Kilometer war die internationale Konferenz zum „Grünen Band Europa“ in Ungarn. Teilnehmer aus 17 Staaten diskutierten über das „European Green Belt“ entlang der Grenzen von 22 Ländern. Künftig wird das BUND-Projektbüro die Aktivitäten entlang des zentral-europäischen Grünen Bandes von der Ostsee bis nach Kroatien koordinieren. Entscheidende internationale Kontakte wurden während einer BUND-Pressefahrt von Tschechien bis nach Slowenien aufgebaut. Die Resonanz der Medien und örtlichen Bevölkerung war enorm. Die fachliche Begleitung eines Ideenwettbewerbs zum Grünen Band an der Colorado State University in den USA hat auch das Interesse in Übersee geweckt.

Hier gibt es mehr Informationen:
www.dasgrueneband.info und
www.bund.net/green-belt-europe





Jugendbündnis Zukunftsenergie

Unter Federführung der BUNDjugend veranstaltete das Jugendbündnis Zukunftsenergie den Youth Energy Summit 2004 in Bonn. 150 Jugendliche aus 16 Nationen erarbeiteten eine Deklaration zu erneuerbaren Energien. Ein großer Erfolg der Konferenz war die Gründung des Jugendkomitees für erneuerbare Energien im Bundesumweltministerium. Jetzt besteht für Jugendliche die Möglichkeit, mit EntscheidungsträgerInnen Informationen und Standpunkte zu diskutieren und sich auf direktem Weg zu umweltpolitischen Fragen auszutauschen. Mehr Infos unter: www.zukunftsenergie.org

Mit Aktionen, Fantasie und Spaß durch das Geburtstagsjahr

Was wäre die (Um)Welt ohne die BUNDjugend? Nicht vorstellbar. Seit 20 Jahren engagieren sich junge Menschen erfolgreich in der BUNDjugend. Das war 2004 nicht anders: Zehntausende Kinder und Jugendliche beteiligten sich an den bunten, frechen und kreativen Aktionen, Veranstaltungen und Projekten. Dabei standen auch kritische Dialoge mit VertreterInnen von Politik und Wirtschaft auf dem Plan.

„Es liegt was in der LUFT“. Unter diesem Motto machten 25.000 Kinder am Umwelt-Kinder-Tag mit pfiifigen Aktionen Rabatz für die Umwelt. Die Kinder gaben Erwachsenen mit viel Fantasie Nachhilfeunterricht.

Am Bundeswettbewerb NaturTageBuch beteiligten sich über 2.500 Kinder. Von Untersuchungen der Seerosen oder Komposthaufen bis hin zu Verkupplungsversuchen von Meer-schweinchen – die Naturtagebücher zeigen, was es Spannendes in der Natur zu entdecken gibt und wie viel Spaß es macht, selber auf Entdeckungsreise zu gehen. Die schönsten Tagebücher gehen nun auf Fahrt – zur EXPO in Japan, wo die besten Werke ausgestellt werden. Parallel dazu veranstaltet Friends of the Earth Japan unter Mithilfe der BUNDjugend zum ersten Mal das NaturTageBuch und den Umweltkindertag in Japan.

Im Sommer organisierte die BUNDjugend ein Camp in Mecklenburg-Vorpommern mit einem ganz besonderem Erfolg. Die 100 Teilnehmenden sparten durch ihre nachhaltige Lebensweise 5,3 Hektar Fläche ein (das sind mehr als sieben Fußballfelder), die vom Bundesland gekauft und mit strengen Naturschutzauflagen versehen wurden.

Mit spektakulären Aktionen wie „Unhappy Birthday WTO“ oder „Die Welt im Schlussverkauf“ machten globalisierungskritische „Econauten“ auf Umweltauswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung aufmerksam: Sie eröffneten auf dem Kurfürstendamm in Berlin ein „Patentamt“ und verkauften Patente auf Gummisohlen, Roggenbrot und Pommes. Das Online-Jugendumweltportal Econautix.de war 2004 erfolgreich wie noch nie. Mittlerweile lesen durchschnittlich 22.000 BesucherInnen pro Monat die spannenden Themen rund um Umwelt- und Naturschutz.

Unabhängig.

Auch 2004 haben wir die Erfahrung gemacht, dass vielen Menschen der Schutz unserer Natur und Umwelt am Herzen liegt: Hunderttausende unterstützten den BUND – ideell und finanziell. Die Beiträge unser Mitglieder und Förderer, die Unterstützung unserer zahlreichen Spenderinnen und Spender machen unseren erfolgreichen Einsatz für Natur und Umwelt möglich – lokal, national und international.

Hunderttausende bringen mit ihrer Unterstützung des BUND zum Ausdruck, dass sie Natur- und Umweltschutz nicht als Luxus ansehen, sondern als eine dringende und notwendige Aufgabe. Der Zuwachs unserer Spendeneinnahmen ist ein Indiz dafür, dass die veröffentlichte Meinung nicht immer die öffentliche Meinung zum Ausdruck bringt: Viele Menschen wollen, dass die Natur auch für kommende Generationen erhalten bleibt, dass Tiere und Pflanzen geschützt und die Gesundheit und die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher gewahrt werden. Und sie sehen darin keinen Gegensatz zur Lösung dringender sozialer und wirtschaftlicher Probleme.

Spenden und Mitgliedsbeiträge machten im letzten Jahr achtzig Prozent der BUND-Einnahmen aus. Dies ist die finanzielle Basis unserer politischen Unabhängigkeit. Der BUND ist und bleibt nur den Interessen des Natur- und Umweltschutzes verpflichtet.





Ursula Zeeb

| Schatzmeisterin

Politisch und finanziell

Spenden und Mitgliedsbeiträge werden vom Bundesverband und den Landesverbänden vor allem für konkrete Umwelt- und Naturschutzarbeit ausgegeben, für den Kauf und Schutz von Flächen, für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, für Lobbyarbeit, Informationen und Aktionen.

Durch das ehrenamtliche Engagement vieler BUND-Mitglieder und BUND-Gruppen für den Schutz bedrohter Tiere, für die Renaturierung von Flüssen und Bächen, für eine naturnahe Landwirtschaft, gesunde Lebensmittel und weniger Verkehrslärm wird jeder Spenden-Euro mehr als verdoppelt.



Mehr neue Unterstützerinnen und Unterstützer

Über 392.000 Mitglieder, Förderinnen und Förderer unterstützten 2004 die Arbeit des BUND.

Der Landesverband Bayern konnte fast tausend neue *Mitglieder* gewinnen, der BUND Baden-Württemberg über fünfhundert.

Prozentual den größten Zuwachs hatte der Landesverband Berlin mit über sieben Prozent neuen Mitgliedern.

Wie im Vorjahr stieg die Zahl der *Förderinnen und Förderer* um rund drei Prozent.

Sieben Landesverbände gewannen Förderinnen und Förderer hinzu: Bayern über zweitausend, Schleswig-Holstein über tausend und Baden-Württemberg fast achthundert.

In Schleswig-Holstein bedeutet dieser Zuwachs ein Plus im zweistelligen Bereich: 25,5 Prozent.

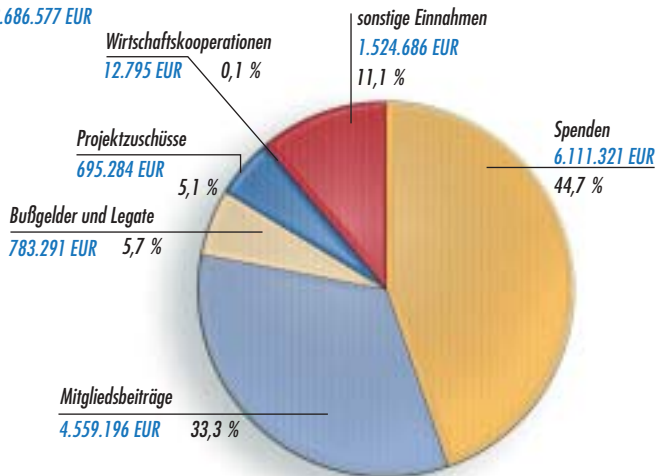
Die Gewinnung und Bindung von Mitgliedern, von Förderinnen und Förderern bleibt eine zentrale Aufgabe des Bundesverbandes, der Landesverbände und aller BUND-Gruppen. Dazu gehört es auch, neue Mittel und Wege zu finden, Menschen für den Verband und seine Natur- und Umweltschutzarbeit zu begeistern.

Mitglieder, Förderinnen und Förderer in den Ländern

Landesverband	2003	2004
Bayern	162.395	165.389
Baden-Württemberg	73.011	74.240
Hessen	21.852	21.699
Niedersachsen	22.249	20.945
Nordrhein-Westfalen	20.742	19.715
Rheinland-Pfalz	15.126	14.307
Berlin	14.192	13.775
Schleswig-Holstein	9.696	10.664
Bremen	6.912	6.938
Hamburg	6.634	6.249
Saarland	4.589	4.140
Thüringen	2.736	2.566
Sachsen	2.444	2.256
Mecklenburg-Vorpommern	1.415	1.393
Sachsen-Anhalt	1.237	1.113
Brandenburg	851	840
Bundesverband/Ausland	25.042	26.306
Gesamt	391.123	392.525

Einnahmen 2004

insg. 13.686.577 EUR



Deutlich mehr Spendeneinnahmen

Der BUND finanziert sich vor allem aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Diese Einnahmequellen sind die Basis für die politische Unabhängigkeit des Verbands. Sie gewährleisten, dass der BUND konsequent als Anwalt der Natur handeln kann.

Spenden sind auch ein Gradmesser für die Bedeutung, die unserem Einsatz für Natur und Umwelt beigemessen wird. 2004 erzielte der Bundesverband über 6,1 Millionen Euro Spenden. Das sind über siebzehn Prozent mehr als 2003.

70 Prozent der Mitgliedsbeiträge werden an die Landesverbände weitergeleitet, um deren Arbeit und die Arbeit der über zweitausend Orts- und Kreisgruppen zu finanzieren.

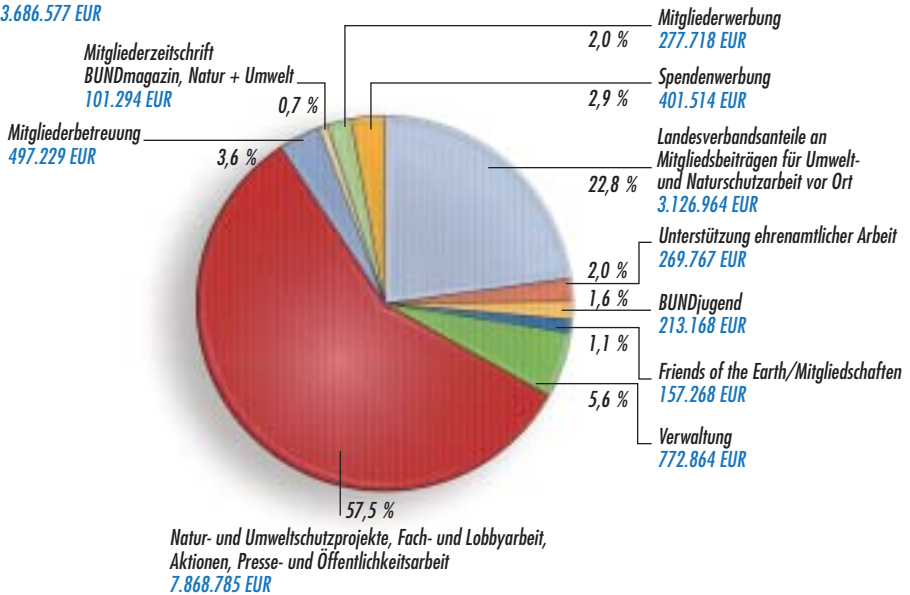
Ein deutlicher Zuwachs – von 246.000 auf 783.000 Euro – war 2004 bei den Einnahmen aus Legaten und Bußgeldern zu verzeichnen.

Gestiegen sind auch die projektgebundenen Zuschüsse. Zum Beispiel förderte das Bundesamt für Naturschutz das Projekt „Faire Nachbarschaft“, das Umweltbundesamt das Engagement des BUND für eine Reform der europäischen Chemikalienpolitik.

Die größte Summe unter den „sonstigen“ Einnahmen sind mit rund 874.000 Euro in den Vorjahren zurückgestellte Mittel, die 2004 für praktische Naturschutzarbeit investiert wurden.

Ausgaben des BUND Bundesverbandes 2004

insg. 13.686.577 EUR



Konstant geringe Verwaltungskosten

2004 hat der BUND 13,3 Millionen Euro ausgegeben. Das Gros der Ausgaben kommt dem Natur- und Umweltschutz zugute. Für Flächenkäufe, für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, für Informationen und Aktionen, für Lobby- und Facharbeit zugunsten der Natur und Umwelt wurden mehr als 7,8 Millionen Euro investiert.

Für die Betreuung ehrenamtlicher Gremien, in denen ein großer Teil der BUND-Facharbeit stattfindet, wurden knapp 270.000 Euro ausgegeben, für die Information und Betreuung der BUND-Mitglieder sowie der Kreis- und Ortsverbände, die die Arbeit des Verbands entscheidend mittragen, gut 598.000 Euro.

Die Verwaltungskosten betragen rund 772.000 Euro. Das sind 5,6 Prozent der Gesamtausgaben. Diese Zahl belegt: Der BUND konzentriert seine Mittel auf die Kernaufgaben.

3,1 Millionen Euro Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen leitete der Bundesverband an die Landesverbände weiter, die ihre Haushaltsmittel satzungsgemäß für Umweltinformation und -bildung, für Arten-, Natur- und Umweltschutz einsetzen.



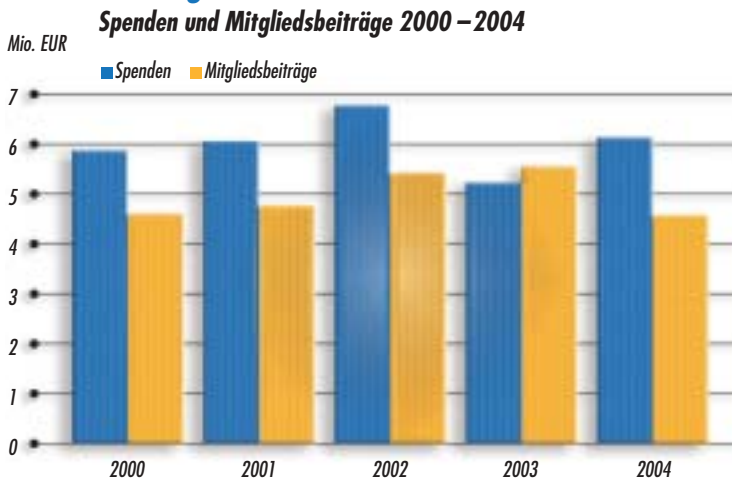
Die Gegengift-Seiten

Dioxin im Pullover, Nervengift im Teppich, Weichmacher in der Körperlotion – Chemikalien sind aus unserem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken – und häufig alles andere als harmlos. Umso wichtiger, dass jetzt endlich ein EU-Gesetz (REACH) beraten wird, das regeln soll, welche Chemikalien unter welchen Bedingungen vermarktet werden dürfen. Alle Infos zu REACH bündelt seit Mai 2004 www.bundgegengift.de – mit vielen Tipps, wie man sich vor Belastungen schützen und wie man für eine Zukunft ohne Gift aktiv werden kann.

Auf Heller und Cent geprüft

Der BUND lässt seinen Jahresabschluss – freiwillig – von einer unabhängigen Wirtschaftsprüferin unter die Lupe nehmen. Frau WP/StB Dipl.-Kffr. Heike Apel, Berlin, prüfte im Frühjahr 2005 die Zahlen und bestätigte sie uneingeschränkt.

Entwicklung



Gewinn und Verlustrechnung (Testierte Werte vom Wirtschaftsprüfer für das Haushaltsjahr 2004)

Erträge	2004	2003
Beiträge und Zuwendungen	12.281 TEUR	11.816 TEUR
Umsatzerlöse	113 TEUR	85 TEUR
sonstige betriebliche Erträge	369 TEUR	665 TEUR
Summe Erträge	12.763 TEUR	12.566 TEUR
Aufwendungen		
Geleistete und weitergeleitete Zuschüsse	4.094 TEUR	3.763 TEUR
Materialaufwand	3.705 TEUR	4.111 TEUR
Personalaufwand	2.720 TEUR	2.389 TEUR
Abschreibungen	216 TEUR	204 TEUR
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.902 TEUR	2.126 TEUR
Summe Aufwendungen	12.637 TEUR	12.593 TEUR
Erträge ./ Aufwendungen	126 TEUR	-27 TEUR
Zinserträge	49 TEUR	63 TEUR
Abschreibungen auf Finanzanlagen	15 TEUR	0 TEUR
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	160 TEUR	36 TEUR
Steuern vom Einkommen und Ertrag*	28 TEUR	28 TEUR
Jahresüberschuss	132 TEUR	7 TEUR
Entnahme aus Rücklagen für satzungsgemäße Zwecke	874 TEUR	701 TEUR
Einstellungen für Rücklagen*	1.006 TEUR	708 TEUR
Ergebnis	0 TEUR	0 TEUR
Gewinn Vorjahr	0 TEUR	0 TEUR
Bilanzgewinn	0 TEUR	0 TEUR

* Die Überleitung von Gewinn- und Verlustrechnung zur Verwendungsdarstellung ergibt sich wie folgt:

Aufwendungen gesamt	12.638 TEUR	12.586 TEUR
zuzüglich der HGB-Aufwendungen und Rücklagen/*	1.034 TEUR	737 TEUR
abzüglich Verrechnung von Aufwands- und Ertragspositionen	15 TEUR	7 TEUR
Summe Kostenträger	13.687 TEUR	13.330 TEUR

Bilanz (Testierte Werte vom Wirtschaftsprüfer für das Haushaltsjahr 2004)

Aktiva	31.12.2004	31.12.2003
<i>a) Anlagevermögen</i>		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	185 TEUR	278 TEUR
II. Sachanlagen	123 TEUR	127 TEUR
III. Finanzanlagen	155 TEUR	169 TEUR
	463 TEUR	574 TEUR
<i>b) Umlaufvermögen</i>		
I. Forderungen & sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen & Leistungen	69 TEUR	47 TEUR
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	48 TEUR	227 TEUR
3. Forderungen gegen Landesverbände	299 TEUR	443 TEUR
4. Sonstige Vermögensgegenstände	15 TEUR	22 TEUR
	431 TEUR	739 TEUR
II. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Banken	2.944 TEUR	2.318 TEUR
<i>c) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten</i>	16 TEUR	39 TEUR
Summe Aktiva	3.855 TEUR	3.670 TEUR
Passiva	31.12.2004	31.12.2003
<i>a) Eigenanteil</i>	2.350 TEUR	2.218 TEUR
<i>b) Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens</i>	5 TEUR	0 TEUR
<i>c) Rückstellungen</i>		
1. Sonstige Rückstellungen	430 TEUR	224 TEUR
<i>d) Verbindlichkeiten</i>		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen & Leistungen	283 TEUR	515 TEUR
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	10 TEUR	59 TEUR
3. Verbindlichkeiten gegenüber Landesverbänden	643 TEUR	393 TEUR
4. Sonstige Verbindlichkeiten	133 TEUR	261 TEUR
	1.069 TEUR	1.228 TEUR
Summe Passiva	3.855 TEUR	3.670 TEUR

Größeres Team, BUNDladen im Internet: Natur & Umwelt Verlags-GmbH



Clemens Clever



Multivision Wasser



Don Cato Pressekonferenz

2004 tat sich viel in der Natur & Umwelt Service- und Verlags-GmbH – der Tochter des BUND: Das Team wurde erweitert um

- eine neue Geschäftsführerin: Gisela Enders, die viele Jahre Bundesgeschäftsführerin der BUNDjugend war,
- eine neue Agenturabteilung, die öffentlichkeitswirksame Kampagnen organisiert.

In den Händen der Natur & Umwelt GmbH liegt der BUNDladen, der den Vertrieb von Faltblättern und Broschüren, von Plakaten und Aktionsmaterialien des BUND abwickelt. Der BUNDladen bietet Bücher und ein wachsendes Sortiment umweltfreundlichen Produkte an – zum Beispiel Bettwäsche und T-Shirts.

Das Gute am BUNDladen ist nicht nur das Angebot, sondern auch seit 2004 die Möglichkeit, unter www.bundladen.de bequem zu bestellen.

Der Natur & Umwelt Verlag gestaltet für den BUND Flyer und Broschüren, Plakate und Anzeigen. Eine zentrale Aufgabe ist die Produktion und der Vertrieb des BUNDmagazins, der Mitgliederzeitschrift des BUND.

Für BUNDmitglieder bietet die Natur & Umwelt GmbH immer günstigen ökologischen Service. 2004 wurden Versicherungen der RheinLand-Versicherungen (Haftpflicht, Hausrat, Kfz-Versicherung) und der OecoCapital (Lebensversicherungen, Altersvorsorge) angeboten.



Don Cato



www.bundladen.de

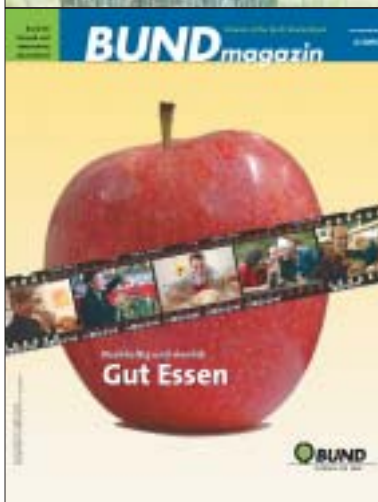
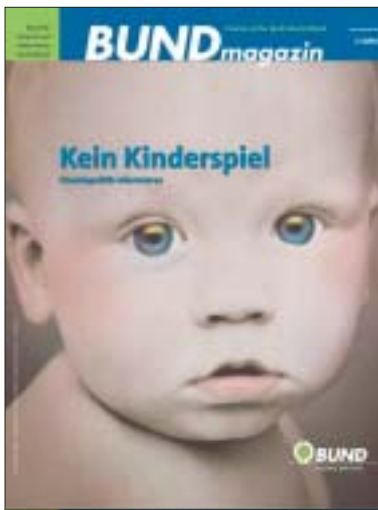
Dabei achtet die Natur & Umwelt im Dialog mit den Anbietern stets darauf, möglichst umfangreiche Vorteile für die Umwelt und BUNDmitglieder zu erreichen.

Das größte Projekt der Agenturabteilung war 2004 die UmWeltmeisterschaft „Don Cato“, ein Kinderprojekt für junge FußballspielerInnen zum Schutz unserer Umwelt. Die UmWeltmeisterschaften wurden von der BUNDjugend, vom Bundesumweltministerium und dem Deutschen Fußballbund durchgeführt.

Gemeinsam mit dem Umweltbundesamt, Karstadt und dem BUND koordinierte die Natur & Umwelt GmbH die Aktion „Clemens Clever, der ökologische Schulanfang“: 400.000 Kinder, Eltern und LehrerInnen wurden darüber informiert, wie und dass Lernen und Ökologie zusammengehen kann.

In vielen Schulen wurde die Multivisionsshow „Im Zeichen des Wassers“ gezeigt, die Schülerinnen und Schülern einen intensiven Eindruck von der Vielfalt und der Gefährdung unseres Wassers vermittelt.

2004 konnte die Natur & Umwelt GmbH mit einem Umsatz von 1,2 Millionen Euro und einem Gewinn von rund zehntausend Euro auch finanziell gut abschließen. Der Jahresabschluss wurde von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft und uneingeschränkt als ordnungsgemäß bestätigt.



Danke

Viele Spenderinnen und Spender haben im vergangenen Jahr den BUND unterstützt. Ihre kleinen und großen Beträge ermöglichen dem Verband, unabhängig und engagiert für den Umwelt- und Naturschutz zu arbeiten.

Folgende Personen haben uns 5.000 Euro und mehr gespendet:

Marli Hoppe-Ritter
Walter Krause
Arnold Lappe
H. Jansen
Helmut Klopfer
Ute Luckey
Gebhard Schug
Michael Willmann
Renate Zoller

Plakat-Industrie Gesellschaft
für Blechemballage- und
Plakat-Industrie mbH

Erbschaften und Vermächtnisse über
5.000 Euro haben wir erhalten von:

Hero August Wilhelm Burmeister
Barbara Frank
Gerhard Klusmann
Hermann Oberdahn
Erika Rhein
Ursula Schmidtler
Berthold Stoeckmann
Edith Viel
Nora Watzke

Wir danken allen Spenderinnen und Spendern ganz herzlich.

Danken möchten wir auch unseren Kooperationspartnern für die gute Zusammenarbeit:

Deutsche Bahn AG
Karstadt Warenhaus AG
oeco capital
Red Rabbit Werbeagentur
RheinLand Versicherungen
Young & Rubicam

Jeder Betrag hilft uns bei der Arbeit für ein zukunftsfähiges Deutschland.

Personen, Erfolge, Jubiläum, Auszeichnung



„Sachkundig, hartnäckig und überzeugend“

Ein Get-together der Umweltbewegung war die Feier zum 60. Geburtstag der BUND-Vorsitzenden. Hubert Weinzierl, BUND-Ehrenvorsitzender, betonte in seiner Laudatio, dass Angelika Zahrrt „immer an erster Stelle dabei war. Sachkundig, hartnäckig und überzeugend.“ Umweltminister Trittin hob hervor: „Angelika Zahrrt hat maßgeblich Anteil an den Erfolgen der Umweltpolitik in den letzten Jahren.“ Bundespräsident und Bundeskanzler würdigten ebenso die Leistungen der BUND-Vorsitzenden wie der Vorsitzende des Rats der Evangelischen Kirche und die CDU-Chefin.



Neue FoE-Vorsitzende

In Kroatien fand im September 2004 die Vollversammlung von Friends of the Earth statt. Die Delegierten aus über siebzig Ländern beschlossen die FoE-Arbeitsschwerpunkte für die nächsten zwei Jahre – darunter Klimaschutz und Welthandel – und wählten einen neuen Vorstand: Unser Bild zeigt Delegierte aus Asien. In der Mitte (mit Schal) die neue Vorsitzende Meena Raman aus Malaysia.



Neuer Vorstand

Die Delegiertenversammlung im November 2004 wählte einen neuen Bundesvorstand. Unser Bild zeigt von links nach rechts: Ursula Zeeb (Schatzmeisterin), Dr. Brigitte Dahlbender (stellvertretende Vorsitzende), Heidrun Heidecke (Beisitzerin), Dr. Angelika Zahrrt (Vorsitzende), Renate Backhaus (Vorsitzende des Verbandsrats), Prof. Helmut Horn (neuer stellvertretender Vorsitzender), Prof. Gerhard Kneitz (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats), Sylvia Voss (neue Beisitzerin). Nicht im Bild: Franziska Mischek, die Vertreterin der BUNDjugend im Bundesvorstand.



„Det Jrüne Band is dufte“ ...

... meint Franz Wolf, ein waschechter Berliner. 2004 wurde er mit seiner Bestellung eines Anteilscheins für das Grüne Band Anteilseigner Nr. 5000. Der 85jährige fährt gerne mit dem Rad in die Natur. Mit seiner Unterstützung des Grünen Bandes trägt er zu deren Erhalt bei.



IMPRESSUM

Herausgeber:

Bund für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Telefon: (030) 2 75 86-40
Fax: (030) 2 75 86-440

Redaktion:

Dr. Norbert Franck (viSdP), Friederike Otto

Mitarbeit:

Reinhild Benning, Jörg Farys,
Almut Gaude, Dr. Liana Geidezis,
Mark Hoerstermann, Tilmann Heuser,
Heike Moldenhauer, Matthias Seiche,
Markus Steigenberger, Severin Zillich

Entwurf:

Nic. Mitchell

Gestaltung:

Claudia Gunkel

Infografiken:

Marc A. Venner

Titelbild:

www.pixelquelle.de

Bildautoren:

blickwinkel,
Dietmar Nill,
pixelquelle.de,
photocase.de,
Axel Schuster,
Harald Thüring,

Druck:

Z.B.I., Köln

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier,
Juli 2005
Bestellnummer: 15021